

**Antrag 18/II/2022****KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Kein Platz für Diskriminierung - Für starken Awareness überall!**

1 Wie überall in dieser Gesellschaft haben wir ein Problem  
2 mit struktureller Diskriminierung und übergriffigen Ver-  
3 halten in unserer Partei. Wir sind eine Partei mit vielen  
4 engagierten Genoss\*innen, von denen sich die meisten  
5 im Sinne unserer Grundwerte und respektvoll verhalten.  
6 Doch in dieser großen Partei gibt es auch jene, die kei-  
7 nen Platz hier haben sollten, da sie sexistisch gegenüber  
8 Genoss\*innen handeln, rassistische Kommentare von sich  
9 geben oder diskriminieren. Diesem Verhalten müssen wir  
10 klar entgegentreten. In dieser Partei darf kein Platz für se-  
11 xistisches, rassistisches, antisemitisches und diskriminie-  
12 rendes Verhalten sein.

13

14 Doch durch Haltung allein ist unsere Arbeit leider nicht ge-  
15 macht. Wir müssen in unseren Strukturen etwas ändern,  
16 damit Betroffene ein Gehör finden und wir konsequenter  
17 gegenüber Fehlverhalten vorgehen können.

18

19 Zurzeit bleibt betroffenen Genoss\*innen meist nur  
20 die Möglichkeit in dieser Partei, die Anti-Sexismus-  
21 Kommission zu kontaktieren. Doch diese Kommission hat  
22 leider kaum formelle Handlungsmöglichkeiten. Sie kann  
23 weder ein Parteiausschlussverfahren anstreben, noch  
24 kann sie schwerwiegende Maßnahmen gegenüber den  
25 Täter\*innen verhängen.

26

27 Auch ist Anti-Sexismus nicht gleich Anti-Rassismus oder  
28 sensibel für andere Diskriminierungsformen. Demnach  
29 wissen viele Betroffene nicht, wo sie Vorfälle melden sol-  
30 len. Viele Betroffene fühlen sich hilflos und sehen den ein-  
31 zigen Ausweg im Beenden ihres politischen Engagements  
32 oder gar dem Parteiaustritt.

33

34 Wir wollen das nicht länger hinnehmen. Denn wir müs-  
35 sen jetzt agieren, um weiteren Schaden an Betroffenen  
36 und/oder unserer Partei abzuwenden.

37

38 Deshalb fordern wir, die Einrichtung von Awarenessteams  
39 ab Kreisebene, welches jeweils nicht aus Mitgliedern  
40 des Vorstandes besteht. Dieses Team muss aus mindes-  
41 tens zwei Personen bestehen und ist quotiert zu beset-  
42 zen. Für das Awarenessteam sollen jährlich mindestens  
43 ein Termin zur Weiterbildung und dem richtigen Umgang  
44 mit Betroffenen durch die Partei angeboten werden. Ent-  
45 sprechende Mittel sind dafür bereit zu stellen.

46

47 Zudem fordern wir, dass die Anti-Sexismus Kommission in

**Empfehlung der Antragskommission****Überweisung an Statutenkommission und Umsetzungs-  
bericht des LV zum nächsten LPT (Konsens)**

48 eine Anti-Diskriminierungskommission umbenannt wird.  
49 Eine solche Kommission soll in jedem Kreis und Landesverband  
50 innerhalb der SPD eingesetzt werden. Die Kommission  
51 sollte mindestens aus fünf Personen bestehen und sollte  
52 quotiert sein und BIPOC\* (Black, Indigenous and People  
53 of Color)-Perspektiven berücksichtigen. Entsprechende  
54 Statuten gilt es demnach anzupassen.

55

56 Einen Kontakt zur Kommission muss es auf der Website  
57 der jeweiligen Gliederung verpflichtend geben. Zudem  
58 muss die Kommission bei jedem Parteitag bzw. bei jeder  
59 Delegiertenversammlung des Kreises auf der Bühne  
60 vorgestellt werden, sodass die Ansprechbarkeit verbessert  
61 wird.

62

63 Wir fordern, dass die Kommission statutarisch mit Rechten  
64 und Pflichten ausgestattet wird. Grundsätzlich müssen  
65 alle Personen, die sich an die Kommissionsmitglieder  
66 wenden, von diesen respektiert und ernst genommen  
67 werden. Alles, was an die Kommissionsmitglieder  
68 herangetragen wird, obliegt der Schweigepflicht. Zudem  
69 darf die Kommission Maßnahmen wie Antisexismuscoaching  
70 oder Antidiskriminierungscoaching für den gesamten  
71 Ortsverein/Abteilung verhängen. Bei stärkeren  
72 Vergehen soll sie Täter\*innen für Parteiämter sperren  
73 können. Ein entsprechender Katalog ist zu erarbeiten  
74 und durch die Delegiertenversammlungen bzw. Parteitagen  
75 des Kreises, des Landes und des Bundes abzustimmen.  
76 Zudem soll die Kommission Parteiausschlussverfahren  
77 anregen können. Für Betroffene soll die Kommission,  
78 wenn diese benötigt und gewünscht wird, juristische Hilfe  
79 vermitteln. Für die Mitglieder der Kommission soll jährlich  
80 mindestens ein verpflichtender Termin zur Weiterbildung  
81 und dem richtigen Umgang mit Betroffenen durch die Partei  
82 angeboten werden. Auf Bundesebene soll eine hauptamtliche  
83 Ombudsperson für Diskriminierungsfälle als Ansprechperson  
84 eingesetzt werden.